

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 1227 | 56402 Montabaur

- gegen Empfangsbekanntnis -

**REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ**

**Verbandsgemeindewerke Nastätten
Bahnhofstrasse 1
56355 Nastätten**

Bahnhofstraße 49
56410 Montabaur
Telefon 02602 152-0
Telefax 02602 16355
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

29.03.2012

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner(in)/ E-Mail	Telefon/Fax
33 - GE 330 Rü/Ts	13.01.2010	Beate Rüffel	02602 152-161
Bitte immer angeben!	Abt. 1.2/wa	Beate.Rueffel@sgdnord.rlp.de	0261 120-888161

Vollzug der Wassergesetze;

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Grundwasserentnahme aus dem Brunnen „Weidenbach“, WFG-Nr.: 303 039 636

Lage: Gemarkung Weidenbach, Flur 4, Flurstück 20

I. ERLAUBNISBESCHEID

(einfache Erlaubnis)

1.

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Nastätten wird hiermit gemäß §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz –WHG-),

1/12

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 462, 480, 481
Haltestelle Bahnhofstraße

Parkmöglichkeiten
Bahnhofstraße
Gerichtsstraße

sowie den §§ 26, 27 Abs. 2, § 34 Abs. 1 Ziffer 1 Buchstabe b, 105 Abs. 2 und 107 Abs. 1 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) die

einfache wasserrechtliche Erlaubnis

erteilt,

zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung der Ortsgemeinden Weidenbach und Strüth

entsprechend den vorliegenden Planunterlagen

aus dem Brunnen „Weidenbach“ in der Gemarkung Weidenbach, Flur 4, Flurstück 20

Grundwasser zu Tage zu fördern und zu verbrauchen.

Die zulässige Höchstentnahmemengen betragen:

2 m³/h

40 m³/d

13.000 m³/a

2.

Antrags- und Planunterlagen:

Der Erlaubnis liegen die von den VGW Nastätten erstellten Unterlagen und Pläne vom Juli 2004 und aktuelle Analysen zu Grunde.

Diese sind Bestandteil des Bescheides.

3.

Widerrufsvorbehalt:

Diese Erlaubnis ist widerruflich (§ 18 Abs. 1 WHG).

4.

Befristung:

Diese Erlaubnis ist befristet bis zum **31.03.2017**.

5.

Ordnungswidrigkeiten

Eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§ 13 WHG) gilt gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,-- EUR geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG)

6.

Auflagen und Bedingungen:

- 6.1 Das Grundwasser darf nur zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, wenn und solange es in gesundheitlicher Hinsicht den Anforderungen der Trinkwasserordnung in der Fassung vom 03.05.2011 (BGBl. I S. 2091), genügt.
- 6.2 Das Rohwasser ist beginnend ab Bescheidserteilung zunächst für die Dauer von einem Jahr vierteljährlich auf Mikrobiologie gemäß Anlage 1, Teil 1 und Teil 3 der TrinkwV hin untersuchen zu lassen.
- Die Analysen sind der SGD Nord, Regionalstelle Montabaur und dem Gesundheitsamt des Rhein-Lahn-Kreises vorzulegen.
- Bei positiven Ergebnissen bleiben weitere Untersuchungen vorbehalten.
- 6.3 Die Erhöhung der Entnahmemengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlage sind rechtzeitig zuvor bei der zuständigen Wasserbehörde zu beantragen.
- 6.4 Der Wasserzähler ist wöchentlich abzulesen; die Ablesungen, ebenso außergewöhnliche Vorkommnisse und Betriebszustände, sind in einem Betriebsbuch aufzuzeichnen, in das bei behördlichen Kontrollen Einblick zu gewähren ist.
- 6.5 Auf die formelle Überwachung und Abnahme der bereits bestehenden Anlage wird gemäß § 95 LWG verzichtet.

7.

Auflagenvorbehalt:

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

8.

Allgemeine Hinweise:

Es ist zu beachten, dass

- 8.1 die Erlaubnis nicht das Recht gewährt, Gegenstände die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
- 8.2 die Erlaubnis unter den Vorbehalten der §§ 13 und 101 WHG steht,
- 8.3 diese Erlaubnis nicht Rechte Dritter berührt und nicht Genehmigungen ersetzt, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,
- 8.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die Auswirkungen auf die Ausübung des Wasserrechtes hat, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Bahnhofstraße 49, 56410 Montabaur, zulässig ist.
- 8.5 die Übertragung der Erlaubnis in Abweichung der Vorschrift des § 8 Abs. 4 WHG der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Bahnhofstraße 49, 56410 Monta-

baur bedarf.

III.

Kostenentscheidung und -festsetzung:

Kostenfestsetzungsbescheid

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

111,41 EUR

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren: 93,60 EUR

Auslagen: 17,81 EUR

(einschließlich der Kosten der mitwirkenden Behörden)

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.2

(Gebührenrahmen von 26,50 EUR bis 5.315,00 EUR) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das

Konto Nr. 72900 (IBAN DE45 57050120 00000 72900)

BLZ 570 501 20 (BIC MALADE51KOB)

bei der Sparkasse Koblenz

unter Angabe des Kassenzzeichens: **2001.33.12.1.93.1480.111.11** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

IV.

Begründung:

Der Brunnen „Weidenbach“ versorgt zusammen mit dem Brunnen „Strüth“ die Ortsgemeinden Weidenbach und Strüth mit Trinkwasser. Im Hochbehälter „Weidenbach“ erfolgt eine Entsäuerung des Rohwassers mittels Verrieselung und anschließender Filtration. Die Desinfektion erfolgt über eine UV-Anlage.

In den letzten Jahren wurden aus dem Brunnen „Weidenbach“ ca. 9.000 m³ Grundwasser/a entnommen.

Zum Schutz des Grundwassers ist für den Brunnen von der damaligen Bezirksregierung Koblenz mit Rechtsverordnung vom 08.03.1982 (Az.: 56-61-15-9/77) ein bis zum 30.03.2012 befristetes Wasserschutzgebiet festgesetzt worden.

Zwischenzeitlich wurde ein geologisches Gutachten erstellt; es erfolgte aber noch keine Abgrenzung.

Es steht aber bereits fest, dass die Zone II auch auf vorhandene Weideflächen ausgeweitet werden muss.

Da das Rohwasser immer wieder mikrobiologisch zu beanstanden ist, wurden bereits mit dem betroffenen Landwirt kurzfristige Maßnahmen zum Schutz der Gewinnung getroffen.

Die nach den Verwaltungsvorschriften zu beteiligenden Fachbehörden und -stellen haben der beantragten Maßnahme zugestimmt.

Eine einzelfallbezogene Vorprüfung gemäß § 25 UVPG hat ergeben, dass durch die beantragte Maßnahme keine nachteiligen Auswirkungen auf die in § 2 UVPG ge-

nannten Schutzgüter zu erwarten sind, so dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich war.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz in Montabaur für diese Entscheidung ist in den §§ 34, 105 und 107 LWG geregelt.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt (§§ 6 Abs. 1 WHG, 26 Abs. 2 LWG).

Aufgrund des fehlenden Schutzgebietes konnte vorerst eine bis zum **31.03.2017 befristete einfache Erlaubnis** erteilt werden.

Gemäß § 31 Abs. 1 LWG kann die einfache Erlaubnis um eine angemessene Frist verlängert werden, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit oder, wenn diese nicht berührt sind, Rücksichten von überwiegender wirtschaftlicher Bedeutung entgegenstehen. Der Antrag auf Verlängerung der Frist ist gemäß § 31 Abs. 2 LWG, spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

V.

Wasserbuch:

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
Bahnhofstraße 49
56410 Montabaur

schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Wolfgang Beck)

Rechtsgrundlagen

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (**Wasserhaushaltsgesetz - WHG -**) in der Neufassung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986);

- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz - LWG -**) vom 22.01.2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch § 52 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47);
- Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Neufassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986);
- Allgemeine **Verwaltungsvorschrift** zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)** vom 18.09.1995 (GMBl. S. 671);
- **Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)** vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 14.08.2009 (BGBl. I S. 2827);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (**Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG -**) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
- **Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)** vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22.12.2010 (BGBl. I S. 2248);
- **Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO)** vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2003 (GVBl. S. 212);
- **Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG)** in der Fassung vom 10.11.1993 (GVBl. S. 595), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.02.2011 (GVBl. S. 26);
- Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (**Trinkwasserverordnung – TrinkwV 2001 –**) vom 21.05.2001 (BGBl. S. 959), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 03.05.2011 (BGBl. S. 748, 2062)
- Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (**Infektionsschutzgesetz – IfSG**) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 17.07.2009 (BGBl. I S. 2091);
- **Landesnatorschutzgesetz (LNatSchG)** vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387 vom 12.10.2005), zuletzt geändert durch Gesetz 22.06.2010 (GVBl. S.106);
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege - **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)** vom 29.07.2009 (BGBl. I, Seite 2542), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl.I.S.1986)
- **Landesfischereigesetz (LFischG)** vom 09.12.1974 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 619);
- **Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO)** vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch § 47 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47);

- **Landesgebührengesetz** für Rheinland-Pfalz (**LGebG**) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578); zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 364);
- Landesverordnung über Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (**Besonderes Gebührenverzeichnis**) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524);
- Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (**Allgemeines Gebührenverzeichnis**) vom 08.11.2007 (GVBl. S. 277);
- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 zum Schutz des Grundwassers (**Grundwasserverordnung - GrWV**) vom 09.11.2010 (BGBl. I S. 1513);
- Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (**Anlagenverordnung –VAwS–**) vom 01.02.1996 (GVBl. S. 121 ff), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25.02.2010 (GVBl. S.52);
- Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (**Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG -**) vom 07.08.1996 (BGBl. I S. 1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
- Verordnung über Arbeitsstätten vom 12.08.2004 (**Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV -**), BGBl. I S 2179, zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 19.07.2010 (BGBl. I S. 960);
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (**Baustellenverordnung –BauStellV–**) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283 ff), zuletzt geändert durch Artikel 15 der Verordnung vom 23.12.2004 (BGBl. I. S. 3758);
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVRP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120);
- Landesumweltinformationsgesetz (**LUIG**) vom 19.10.2005 (GVBl. 2005, S. 484)